

Die Vorgeschichte

In einer Rede am 19.9.1946 vor der akademischen Jugend an der Universität Zürich spricht sich der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill für die Einrichtung "einer Art Vereinigter Staaten von Europa" aus. Dieses Europa sollte alle Staaten Kontinentaleuropas umfassen, während die Sowjetunion, Großbritannien und die USA die Rolle der "Freunde und Förderer des neuen Europa" einnehmen sollen.

Er sah sich offenbar auf einer Stufe mit Russland und der USA, denn nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war Großbritannien eine Macht mit globalem Ausmaß, deren Kolonien und Schutzherrschaften sich von Afrika über Asien bis nach Australien erstreckten. In der britischen Außenpolitik nahm Europa daher neben dem Empire/Commonwealth sowie dem vermeintlich speziellen Verhältnis zur USA nur eine untergeordnete Rolle ein.

Dieser Hintergrund ist wichtig, um zu verstehen, weshalb Großbritannien der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) sowie den anderen Europäischen Gemeinschaften (der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft) in den 1950er Jahren nicht beitrug. Darüber hinaus waren die vorgeschlagenen Institutionen schlichtweg nicht auf britische Interessen zugeschnitten. Wirtschaftlich machte eine Zollunion mit einem gemeinsamen Außenhandelsstarif für ein Land mit traditionell großem weltweitem Handel wenig Sinn und politisch war das Königreich aufgrund des Glaubens an Stärke und Legitimität des eigenen Parlaments vom Prinzip der Europäischen Union nicht überzeugt.

Als sich die Europäischen Gemeinschaften jedoch überraschend schnell politisch und wirtschaftlich konsolidierten, bewarb sich Großbritannien 1961 und 1967 zweimal um einen Beitritt. Man konnte es sich in britischen Augen nicht mehr leisten, weiterhin außerhalb zu stehen. Beide Anträge wurden aber vom französischen Präsidenten Charles de Gaulle abgelehnt. De Gaulle fürchtete, die französische Führungsrolle in den EG zu verlieren.

Unter der Präsidentschaft von Georges Pompidou wurde die strikte Ablehnung Frankreichs gegen eine britische Aufnahme in die EG aufgegeben. Zugleich stürzten die wirtschaftlichen Turbulenzen der Ölkrise Großbritannien in eine beinahe existenzielle Krise.

Der damalige Premierminister Edward Heath setzte dann den Beitritt des Vereinigten Königreichs entgegen aller Widerstände im eigenen Land 1972 durch, der am 1. Januar 1973 zusammen mit Dänemark und Irland vollzogen wurde. Der Beitritt erfolgte zur Europäischen Gemeinschaft (EG) und hatte mehr oder weniger nur wirtschaftliche Gründe.

Die konservativen Kräfte im Königreich gaben ihren Widerstand gegen die EG aber nicht auf und forderten Neuverhandlungen sowie ein Austrittsreferendum.

Nachverhandlungen fanden dann 1975 statt, um die Bedingungen des Beitritts Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft (EG) zu klären. Die wichtigsten Zugeständnisse, die die EG dem Königreich machte, waren:

- 1.) Eine Garantie der Unabhängigkeit des britischen Parlaments: Die EG garantierte, dass das britische Parlament weiterhin unabhängig bleiben würde und dass die Souveränität Großbritanniens nicht beeinträchtigt würde.
- 2.) Einschränkung der Befugnisse der Europäischen Gerichtshofs (EuGH): Die EG stimmte zu, dass der EuGH keine Entscheidungen treffen würde, die die Souveränität des Vereinigten Königreichs

beeinträchtigen würden.

3.) Begrenzung der finanziellen Beiträge des Königreichs zur EG: Die EG stimmte zu, dass Großbritannien weniger in den EG-Haushalt einzahlen würde, als es ursprünglich geplant war.

Mit diesen Zugeständnis von Brüssel an London kam es am 5. Juni 1975 zu einem „**Referendum über die Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)**“. Sämtliche Parteien befürworteten einen Verbleib in der EG, denn man wollte an der prosperierenden Wirtschaft der erfolgreichen sechs Gründerstaaten Frankreich, Italien, Deutschland, Luxemburg, Belgien und den Niederlanden partizipieren. Mit der breiten politischen Unterstützung votierten die Briten mit gut 67% für den Verbleib in der EG.

Die Unzufriedenheit mit den Beitragszahlungen an Brüssel bestand aber weiterhin und führte auf dem Gipfel in Dublin am 29.11.1979 zum Eklat, als die britische Premierministerin Margaret Thatcher mit dem Spruch „I want my money back and I want it now“ die Anwesenden brüskierte.

Erreicht hatte Thatcher, dass in den folgenden Jahren ein sogenannter Britenrabatt ausgehandelt und 1984 vom Europäischen Rat beschlossen wurde. Die Vereinbarung gewährte dem Vereinigten Königreich auf seine Beitragszahlungen einen Rabatt in Höhe von 66 % des Nettobeitrags. Seinen Höhepunkt erreichte er mit ca. 7,3 Milliarden Euro im Jahr 2001; 2005 betrug dieser Rabatt ca. 5,2 Milliarden Euro. Insgesamt wurden Großbritannien zwischen 1985 und 2014 über 111 Milliarden Euro zurückerstattet.

Mit dem Vertrag von Maastricht wurde am 1. November 1993 die Europäische Union (EU) gegründet. Diesen Vertrag unterzeichneten alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) , auch das Vereinigten Königreich.

Die Unzufriedenheit der Briten mit der EU ebte aber nicht ab. In erster Linie wurde die wirtschaftliche Ineffizienz der EU angeführt. Auch die großen wirtschaftlichen Unterschiede innerhalb der EU wurden bemängelt. Und der zunehmende Einfluss des europäischen Parlaments auf nationale Entscheidungen wurde gänzlich abgelehnt.

Wie kam es jetzt zum Brexit?

Im Jahr 2009 erfasste die Finanzkrise die EU und auf dem Gipfel am 8.12.2011 in Brüssel wollten Merkel und Sarkozy eine Änderung des Lissabon Vertrages herbeiführen, um den Euro zu stabilisieren. Der britische Premierminister David Cameron wollte der Änderung aber nur zustimmen, wenn auch britische Interessen berücksichtigt würden. Dem wurde nicht entsprochen und Cameron legte sein Veto gegen die Änderung ein. Die Mehrheit der EU Länder stimmte aber einem Untervertrag zur Stabilisierung des Euros (ESM) zu. Diese Nichtberücksichtigung seines Vetos führte bei Cameron zu der grundsätzlichen Frage, wie die Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU sind.

Innenpolitisch geriet Cameron durch die europafeindliche Partei UK Independence Party (UKIP), mit ihrem Vorsitzenden Nigel Farage, immer weiter unter Druck, weil ein breites Wählerpublikum der Konservativen Partei in das europafeindliche Lager abwanderte.

Am 23.01.2013 kündigte Cameron dann an, im Fall seiner Wiederwahl im Mai 2015 bis spätestens 2017 ein Referendum über ein Fortdauern der EU-Mitgliedschaft des Vereinigten Königreiches

abhalten zu lassen. Zuvor wolle er aber mit den europäischen Partnern verhandeln, um eine Reform der EU insbesondere in Bezug auf Einwanderung und staatlicher Souveränität zu erreichen.

Weiter unter Druck geriet Cameron durch den Wahlerfolg der UKIP bei der Europawahl 2014, denn die UKIP wurde mit 27,5% erstmals stärkste Kraft im Vereinigten Königreich.

Bei den Unterhauswahlen 2015 erhielt die Conservative Partei dann aber mit David Cameron als Spitzkandidat die absolute Mehrheit, begünstigt durch das britische Wahlsystem, in dem nur die Wahlkreissieger in das Unterhaus einziehen. Sein Wahlversprechen löste er im gleichen Jahr ein, indem das Gesetz über ein EU-Referendum noch im Dezember verabschiedet wurde.

In dem EU Gipfel am 18./19. Februar 2016 in Brüssel kam eine Einigung zustande. Die zentrale Reformforderung zur Begrenzung der Einwanderung aus EU-Mitgliedstaaten wurde so gelöst, dass jedes EU-Land einen Einwanderungsnotstand beantragen darf. Bei Genehmigung durch die EU-Kommission kann das betroffene EU-Land dann vier Jahre lang reduzierte Sozialleistungen an neu ankommende EU-Ausländer zahlen.

Am Tag darauf gab Cameron in London dann den 23. Juni 2016 als Termin für das Referendum bekannt und empfahl, für den Verbleib in der EU zu stimmen.

Jetzt traten die Europa Kritiker verstärkt auf die Bühne, denen die ausgehandelten Reformen nicht weit genug gingen. Allen voran Boris Johnson, der mit seinem Kampagnenbus wirtschaftliche Gründe anführte und als Parole die umstrittene Behauptung verbreitete, das Königreich überweise der EU jede Woche 350 Millionen Pfund, die man besser in den britischen Gesundheitsdienst investieren könne.

Und die Einwanderungspolitik der EU (freie Wahl des Arbeitsplatzes für EU Bürger) sowie ein Anrecht auf staatlichen Sozialleistungen für EU Einwanderer wurden strikt abgelehnt.

Am 23. Juni 2016 wurde das Referendum abgehalten und die Frage lautete: **„Soll das Vereinigte Königreich Mitglied der Europäischen Union bleiben oder die Europäische Union verlassen?“** Mit einer Wahlbeteiligung von 72 % votierten 51,9 % der Briten für einen Austritt. Das Ergebnis des Referendums war zwar weder für die Regierung noch für das Parlament bindend, konnte aber auch nicht ignoriert werden.

David Cameron kündigte kurz darauf seinen Rücktritt als Premierminister an. Und auch der Parteivorsitzende der UKIP – Nigel Farage – trat kurz nach dem Referendum zurück, mit der Begründung, sein politisches Ziel erreicht zu haben.

In langwierigen und schwierigen Verhandlungen kam es dann mit Ablauf des **31.01.2020** zum Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union und Großbritannien wurde damit zu einem Drittland. Das endgültige Handels- und Kooperationsabkommens trat erst gut ein Jahr später, am 1. Mai 2021 in Kraft. Beteiligt waren an dem Abkommen 2 Regierungen unter der Premierministerin Theresa May (2016-2019) und dem Premierminister Boris Johnson (2019-2022). Das Handels- und Kooperationsabkommens hat einen Umfang von 2530 Seiten und ist veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union vom 30.04.2021 unter L 149.

Das von den Brexit Befürwortern angeführte Argument, man könne für das Vereinigte Königreich bessere Verträge (z.B. Handelsabkommen) abschließen, ist bisher nicht eingetroffen:

Neben einem Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Japan, einem Handelskontinuitätsabkommen mit Kanada sowie dem Freihandelsabkommen mit Australien kam es mit wichtigen Handelspartnern wie den USA, Indien, Neuseeland, der Schweiz und dem asiatisch-pazifischen Raum noch zu keinen Vereinbarungen!